



## **Sicherheitspolitisches Basisbriefing Nr. 4 (April 2007)**

Herausgeber und Redaktion: Alexander Siedschlag

### **ESVP-Operationen und -Missionen im Überblick: Juni 2006 bis März 2007**

*Anita Kuprian*

War der Schwerpunkt der ersten Fassung dieses Überblickes im *Sicherheitspolitischen Basisbriefing Nr. 2 (Juli 2006)* die erstmalige Dokumentation sämtlicher militärischer Operationen und ziviler oder zivil-militärischer Missionen der ESVP seit 2003, dem Jahr ihres Aktionsbeginnes, liegt in dieser Fortschreibung der Schwerpunkt auf der Evaluierung der laufenden Operationen seit Juni 2006. Nicht mehr thematisiert werden die bereits zum Zeitpunkt der Erstellung der ersten Fassung erfolgreich abgeschlossenen Militäroperationen *CONCORDIA* in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und *ARTEMIS* in der Demokratischen Republik Kongo sowie die abgeschlossene Polizeimission *EUPOL PROXIMA* in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und die ebenfalls erfolgreich beendete Rechtsstaatlichkeitsmission *EUJUST THEMIS* in Georgien.<sup>1</sup>

Seit Redaktionsschluss der ersten Fassung dieses Beitrages im vorausgegangenen Jahrbuch sind insgesamt drei weitere Missionen erfolgreich

---

<sup>1</sup> Dieser Überblick bezieht sich auf den bis zum 18. März 2007 verfügbaren Informationsstand. Im diesem Zeitpunkt wurden auch alle Links überprüft. Eine schematische Kurzübersicht über alle laufenden und abgeschlossenen ESVP-Operationen ist abrufbar unter [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=268&lang=DE&mode=g](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=268&lang=DE&mode=g).

zu Ende geführt worden. Am 14. Juni 2006 wurde die Polizeimission *EUPAT* in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien planmäßig abgeschlossen.<sup>2</sup> Auch die *Aceh Monitoring Mission (AMM)*<sup>3</sup> in Aceh/Indonesien wurde wie geplant zum 15. Dezember 2006 beendet. Nachdem die indonesische Regierung Anfang Mai um eine letztmalige Verlängerung der Mission bis 15. September 2006 gebeten hatte,<sup>4</sup> schlossen die AMM-Bezirksbüros am 11. September endgültig ihre Pforten. Bis zu den lokalen Wahlen am 11. Dezember standen die Beobachter jedoch weiter mobil von Banda Aceh aus zur Verfügung.<sup>5</sup>

Die Unterstützungsmission *EUFOR RD Congo* wurde ebenfalls planmäßig beendet, nämlich am 30. November 2006. Nachdem sowohl der Operativstart am 30. Juli 2006 als auch der Abschluss der Mission im Vorgängeraufsatz nicht mehr berücksichtigt werden konnten, wird diese Mission hier nochmals eingehend thematisiert. Da *EUFOR RD Congo* vom Rat der Europäischen Union als autonome ESVP-Operation auf Basis eines Mandates des UN-Sicherheitsrates (Resolution 1671/2006) verzeichnet wurde und seiner Diktion gemäß lediglich „in enger Kooperation mit der Mission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC)“ durchgeführt wurde,<sup>6</sup> ist sie in diesem Aufsatz folglich als Militäroperation und nicht mehr als Unterstützungsmission kategorisiert.

## **Militäroperationen (*Military Operations*)**

### *EUFOR Althea: Bosnien und Herzegowina*<sup>7</sup>

Im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses hat die im Dezember 2004 im Anschluss an die NATO-geführte *Stabilization Force* (SFOR) auf der Grundlage eines Mandates des UN-Sicherheitsrates ge-

---

2 Eine kurze Auflistung sämtlicher ESVP-Operationen bietet auch der Internetauftritt des deutschen Ratsvorsitzes unter:  
[http://www.eu2007.de/en/Policy\\_Areas/General\\_Affairs\\_and\\_External\\_Relations/ESDP/ESDP\\_Operations.html](http://www.eu2007.de/en/Policy_Areas/General_Affairs_and_External_Relations/ESDP/ESDP_Operations.html).

3 Für weitere Informationen zur Aceh Monitoring Mission: <http://www.aceh-mm.org> (offizielle Homepage);  
[http://ec.europa.eu/comm/external\\_relations/indonesia/intro/index.htm](http://ec.europa.eu/comm/external_relations/indonesia/intro/index.htm);  
<http://www.consilium.europa.eu/aceh>.

4 [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060522-Aceh\\_Council\\_Factsheet-REV5.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060522-Aceh_Council_Factsheet-REV5.pdf).

5 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060907AcehCouncilFactsheetREV6.pdf>.

6 [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1091&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1091&lang=en).

7 <http://www.euforbih.org> (offizielle Homepage).

startete und Ende 2005 um zunächst ein weiteres Jahr verlängerte Operation EUFOR Althea zum Ziel, Bosnien und Herzegowina in seinem inneren Integrationsprozess zu unterstützen sowie zur Friedenssicherung und zum Kampf gegen die organisierte Kriminalität beizutragen. In diesem Kontext soll EUFOR Althea bei der Umsetzung der gesamten zivilen und militärischen Aspekte des Friedensabkommens von Dayton (1995) Hilfe leisten.<sup>8</sup>

Am 3. Juli 2006 unterzeichneten der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Javier Solana, und der Verteidigungsminister der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Jovan Manasijevski, einen Vertrag über die erstmalige Beteiligung der Mazedoniens an einer ESVP-Operation, nämlich EUFOR Althea. Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien beteiligt sich nunmehr als zwölftes Drittland mit Helikoptern und Personal an dieser bisher größten EU-Operation.<sup>9</sup> Mit der Resolution 1722 verlängerte der UN-Sicherheitsrat das Mandat für EUFOR Althea am 21. November 2006 bis November 2007.<sup>10</sup>

Am 5. Dezember 2006 übernahm der deutsche Konteradmiral Hans-Jochen Witthauer das Kommando vom scheidenden italienischen Generalmajor Gian Marco Chiarini. Der Hohe Vertreter der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik betonte im Rahmen der Übergabeceremonie die Erfolge der Operation bei der Unterstützung der *EU Police Mission* (EUPM) und der lokalen Behörden im Kampf gegen die organisierte Kriminalität sowie beim Einsammeln von Waffen und Munition.<sup>11</sup>

Im Dezember 2006 wurde die Operation EUFOR Althea durch den Rat der Europäischen Union evaluiert. Der Rat begrüßte den positiven Beitrag der Operation zur Sicherung der Region Bosnien und Herzegowina, unterstrich jedoch angesichts möglicher sicherheitsrelevanter Herausforderungen die Notwendigkeit einer weiter andauernden Militärpräsenz der EU. Angesichts der sich positiv entwickelnden Sicherheitslage zog er gleichwohl eine Anpassung der Operation in Betracht. Der Rat betonte außerdem die sehr gute Zusammenarbeit mit der NATO im Rahmen des Berlin-Plus-Abkommens, sowohl in Brüssel als auch vor Ort.<sup>12</sup> Am

---

8 [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=745&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=745&lang=en).

9 [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressdata/EN/declarations/90366.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/declarations/90366.pdf).

10 <http://se2.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=23&fileid=336FFCCC-A7A8-1F57-21E9-28F79A9D4B0D&lng=en>.

11 [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressdata/EN/discours/92023.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/discours/92023.pdf).

12 [http://www.europa-eu-un.org/articles/de/article\\_6585\\_de.htm](http://www.europa-eu-un.org/articles/de/article_6585_de.htm).

27. Februar 2007 beschloss der Rat angesichts der sich gut entwickelnden Sicherheitssituation schließlich, den Umfang der Truppen von derzeit rund 6 200 auf rund 2 500 Soldaten zu reduzieren.<sup>13</sup>

*EUFOR RD Congo: Demokratische Republik Kongo (abgeschlossen)*<sup>14</sup>

Am 23. März 2006 beschloss der Rat auf Bitten der UN und unter enger Konsultation mit der kongolesischen Regierung eine Operation zur Unterstützung der Mission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) während des Wahlprozesses (Council Joint Action 2006/319/CFSP of 27 April 2006 on the European Union military operation in support of the United Nations Organisation Mission in the Democratic Republic of the Congo [MONUC] during the election process). Diese auf vier Monate ab dem ersten Wahlgang ausgelegte Operation EUFOR RD Congo umfasste den Einsatz einer in Kinshasa stationierten Truppe von ungefähr 400-450 Personen sowie die Bereitstellung eines im Ernstfall schnell einsatzbereiten Bataillons außerhalb des Landes. Das Kommando über die Operation wurde dem deutschen Generalleutnant Karlheinz Viereck übertragen, die Truppenführung dem französischen General Christian Damay.

EUFOR RD Congo, mit einem Budget von ca. 16,7 Mio. Euro ausgestattet, war eine europäische, multinationale Operation, bei der viele Mitgliedsstaaten ihre Teilnahmebereitschaft zum Ausdruck gebracht und Truppen zur Verfügung gestellt haben. Die Abhaltung freier Wahlen stellt ein wesentliches Element des Demokratisierungsprozesses dar und dient zudem der Stärkung von Frieden und Stabilität in der Region. Aus diesem Grund begrüßten die EU-Außenminister die neue kongolesische Verfassung sowie die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes und ermahnten die nationale Übergangsregierung, mit allen Akteuren zusammenzuarbeiten, um friedliche, faire und transparente Wahlen gewährleisten zu können. Der operative Start von EUFOR RD Congo erfolgte wie geplant mit dem ersten Wahlgang am 30. Juli 2006.

---

13 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/070228AltheaUpdate8a.pdf>.

14 [http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2006/l\\_116/l\\_11620060429en00980101.pdf](http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2006/l_116/l_11620060429en00980101.pdf);  
<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/Kongo-Einsatz.html>;  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060330-Congo\\_support\\_Monuc\\_de.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060330-Congo_support_Monuc_de.pdf).

Obwohl es sowohl vor und während als auch im Nachgang zu den Wahlen zu einigen Zwischenfällen und gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Anhängern der beiden Präsidentschaftskandidaten Jean-Pierre Bemba und Joseph Kabila kam, liefen diese ersten Wahlen seit 1965 im Großen und Ganzen friedlich ab. Internationale Beobachter lobten den Ablauf des Wahlganges, und ebenso bestätigte das Carter-Center den größtenteils friedlichen und ordnungsgemäßen Wahlvorgang. Auch die UN-Mission MONUC stellte dem Wahlgang trotz einiger logistischer Probleme ein gutes Zeugnis aus.<sup>15</sup> Das vorläufige amtliche Wahlergebnis wurde am 21. August 2006 veröffentlicht. Kabila erhielt mit 45 Prozent die meisten Stimmen, sein Rivale Bemba wurde mit 20 Prozent der Stimmen zweiter.<sup>16</sup> Da keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit erreichte, gab es am 29. Oktober 2006 eine ruhig verlaufene Stichwahl, in welcher sich Kabila mit 58,05 Prozent der Stimmen gegen Bemba mit 41,95 Prozent durchsetzen konnte.<sup>17</sup> Die Operation EUFOR RD Congo wurde daraufhin am 30. November 2006 wie geplant beendet.<sup>18</sup>

Am 9. Januar 2007 hielt der Hohe Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eine diesbezügliche Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York. Er betonte die Bedeutung der Wahlen als endgültigem Schritt in der Demokratieentwicklung der Republik Kongo. Durch die Bereitstellung von EU-Truppen in Kinshasa und die Stationierung von flexibel verlegbaren „over the horizon“-Truppenelementen in Gabun habe sowohl die Abschreckungswirkung der Truppenkapazität genutzt als auch eine unnötig einschüchternde Truppenpräsenz in Kinshasa verhindert werden können. Laut Solana war gerade der Abschreckungsfaktor der EUFOR einer der Hauptgründe für die niedrige Anzahl an Zwischenfällen. Die in Gabun stationierten Truppen wurden mehrmals in verschiedene Gebiete der Demokratischen Republik Kongo verlegt, was zusätzlich der Abschreckung diene.

Als den Wahlprozess am entscheidendsten gefährdenden Zwischenfall nannte Solana den Angriff auf das Anwesen von Vizepräsident Bemba am 21. August 2006, dem Tag, an dem die Wahlergebnisse veröffentlicht wurden. Die entschlossene Intervention der EUFOR in enger Zusammenarbeit mit der MONUC habe die Ausbreitung der Gewalt in einem äußerst sensiblen Moment des Wahlprozesses eingedämmt und die Position ebenso wie die Glaubwürdigkeit der EUFOR als neutralem

---

15 <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/5237860.stm>.

16 <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/5268106.stm>.

17 [http://www.bpb.de/themen/2M7N9C,1,0,Amtsinhaber\\_Kabila\\_gewinnt\\_%96\\_und\\_muss\\_ein\\_tief\\_zerrissenes\\_Land\\_einigen.html#art1](http://www.bpb.de/themen/2M7N9C,1,0,Amtsinhaber_Kabila_gewinnt_%96_und_muss_ein_tief_zerrissenes_Land_einigen.html#art1).

18 [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1091&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1091&lang=en).

Element in den Augen der kongolesischen Bevölkerung gestärkt. Als Schlüsselemente für den Erfolg der Operation nannte Solana die Definition eines im Aufgabenbereich und Zeitrahmen klaren Mandates, die hoch professionellen Truppen, die intensive Zusammenarbeit mit MONUC sowie die aktive Kommunikationspolitik gegenüber der Bevölkerung und den Schlüsselakteuren im Wahlprozess. Des Weiteren hob er die Transparenz und den Informationsaustausch mit afrikanischen Partnern – der Afrikanischen Union (AU) und diversen regionalen Organisationen – als Faktor für den Erfolg von EUFOR RD Congo hervor.<sup>19</sup>

### **Polizei- und Polizeiberatungsmissionen (*Police Missions and Police Advisory Team Missions*)**

#### *EUPM: Bosnien und Herzegowina*

Ziel der EUPM (*European Union Police Mission*) ist der Aufbau eines stabilen, professionellen und multiethnischen Polizeiapparates nach besten internationalen Standards, insbesondere die Entwicklung von Managementfähigkeiten im Bereich Polizeiverwaltung, die Thematisierung des Kampfes gegen die organisierte Kriminalität sowie die Unterstützung im Bereich der Restrukturierung des Polizeiapparates. Auf Einladung der bosnischen Behörden wurde die Mission nach ihrem Ablauf im Dezember 2005 nochmals um zwei Jahre bis Ende 2007 verlängert, allerdings wurden sowohl das Mandat als auch die Größe dieser Folge-mission angepasst. Am 30. Januar 2006 wurde der aus Österreich stammende ehemalige deutsche Bundesminister Christian Schwarz-Schilling zum Sonderbeauftragten der EU in Bosnien und Herzegowina ernannt (Council Joint Action 2006/49/CFSP of 30 January 2006).<sup>20</sup>

Schwerpunkte lagen ab diesem Zeitpunkt auf dem Reformprozess und der Restrukturierung des Polizeiapparates sowie auf der Entwicklung und Konsolidierung lokaler Fähigkeiten und regionaler Kooperation im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Die EUPM soll den lokalen Behörden bei der Planung und Durchführung von Ermittlungen bei schweren und organisierten Verbrechen unterstützend zur Seite stehen.<sup>21</sup> Des Weiteren soll die EUPM die operativen und managementbezogenen

---

19 [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressdata/EN/discours/92360.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/discours/92360.pdf).

20 [http://www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2006/l\\_026/l\\_02620060131en00210023.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2006/l_026/l_02620060131en00210023.pdf);  
[http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=585&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=585&lang=en).

21 <http://www.eupm.org/MissionOverview.asp>.

Fähigkeiten des Polizeiapparates insbesondere auf staatlicher Ebene unterstützen und überwachen, um die Zusammenarbeit mit anderen regionalen und internationalen Strafverfolgungsbehörden zu verbessern. Auch soll die EUPM in enger Zusammenarbeit mit dem EU-Sonderbeauftragten besonderes Augenmerk auf die Ausübung politischer Kontrolle über den Polizeiapparat legen.

Bisher konnte man gute Erfolge bei der Transformation der *State Investigations and Protection Agency* in eine operative *Police Agency* mit verbesserten Fähigkeiten im Kampf gegen schwere und organisierte Kriminalität erzielen. Darüber hinaus ging die Entwicklung anderer staatlicher Institutionen wie dem Sicherheitsministerium oder dem staatlichen Grenzschutz gut voran. Auch konnte durch die Einrichtung eines Polizeisteuerungsausschusses unter dem Vorsitz der EUPM und lokaler Behörden erreicht werden, dass der Reformprozess als interner bosnisch-herzegowinischer Erfolg gewertet wird. Außerdem wurden auf sämtlichen staatlichen Ebenen gute Fortschritte im Rahmen der Polizeireform gemacht, bei der die Mitglieder der EUPM eine bedeutende Beratungsfunktion einnehmen.<sup>22</sup>

#### *EUPOL Kinshasa: Kinshasa/Demokratische Republik Kongo*

Basierend auf einem Beschluss vom 9. Dezember 2004 startete die EU im Rahmen der ESVP und in enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen am 30. April 2005 die Polizeimission EUPOL Kinshasa in der Demokratischen Republik Kongo. Der Rat entschloss sich Ende 2005, angesichts der Verschiebung der Präsidentschaftswahlen die Mission um zunächst ein weiteres Jahr, bis Ende Dezember 2006, zu verlängern.<sup>23</sup>

Im Juni 2006 erhielt die Mission zeitlich begrenzte Verstärkung, um den kongolesischen Polizeikräften bei der Koordinierung von Einsätzen gegen Ausschreitungen und Demonstranten während der sensiblen Wahlkampf- und Wahlphase in Kinshasa unterstützend zur Seite stehen zu können, und erstmals waren mit Angola und Mali als Verstärkungselementen auch afrikanische Drittstaaten an einer ESVP-Mission beteiligt. Um auch nach dem Wahlgang den kongolesischen Polizeiapparat

---

22 [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Factsheet\\_060312.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Factsheet_060312.pdf).

23 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/DocumentPresentationEUPOLoctobre2006EN.pdf>.

weiter unterstützen zu können, wurde die Verstärkung noch bis März 2007 beibehalten.<sup>24</sup>

Nach den Präsidentschaftswahlen beschloss der Rat am 8. Dezember 2006 (Dokument 16525/06) die Verlängerung des bestehenden Mandates um weitere sechs Monate bis 30. Juni 2007 (Council Joint Action 2006/913/CFSP of 7 December 2006 amending and extending Joint Action 2004/847/CFSP on the European Union Police Mission in Kinshasa (DRC) regarding the Integrated Police Unit (EUPOL „Kinshasa“).<sup>25</sup> Bis dahin soll EUPOL Kinshasa weiter die Entwicklung der Integrierten Polizeieinheit (*Integrated Police Unit, IPU*) beobachten und beratend unterstützen sowie bei der Integration der IPU in die nationale kongolesische Polizei (*Police Nationale Congolaise, PNC*) helfen. Außerdem soll die Mission verstärkt die kongolesische Polizei bei ihren Bemühungen im Rahmen der Umsetzung der Sicherheitssektorreform unterstützen – parallel zum Schwerpunkt der ESVP-Mission EUSEC DR Congo, welche Beratung auf Regierungsebene durchführt.<sup>26</sup>

#### *EUPOL COPPS: Palästinensische Autonomiegebiete*

Am 1. Januar 2006 wurde die für drei Jahre anberaumte Polizeimission EUPOL COPPS (*Co-ordinating Office for Palestinian Police Support*) in den Palästinensischen Autonomiegebieten operativ gestartet. Ziel der Mission ist die Unterstützung der palästinensischen Behörden bei der Entwicklung eines stabilen und effizienten Polizeiapparates. Am 3. Januar 2007 übernahm der Brite Colin Smith die Missionsleitung von dem bis dahin amtierenden Jonathan McIvor. Der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik begrüßte den Wechsel und betonte den substanziellen Beitrag der EU zur Verbesserung der Sicherheitslage im Nahen Osten, nicht nur im Zuge der EUPOL COPPS, sondern auch im Rahmen der EUBAM Rafah und der Beteiligung von EU-Staaten an der so genannten „UNIFIL II“, der anlassbezogen erweiterten, seit 1978 bestehenden *United Nations Interim Force in Lebanon* (UNIFIL).<sup>27</sup>

---

24 <http://www.eda.europa.eu/reference/061212%20-%20European%20Council%20-%20Presidency%20Report%20on%20ESDP%2016696-06.pdf>.

25 [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2006/l\\_346/l\\_34620061209en00670068.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2006/l_346/l_34620061209en00670068.pdf).

26 [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/misc/92067.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/misc/92067.pdf).

27 [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/declarations/92313.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/declarations/92313.pdf).



Kritische Worte fand der aus dem Amt geschiedene Missionsleiter Jonathan McIvor in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über den tatsächlichen Alltag von EUPOL COPPS.<sup>28</sup> Anstatt sich auf die beiden Hauptaufgaben – das beratende Training mit den palästinensischen Kollegen und die Entwicklung der Struktur der Sicherheitskräfte –konzentrieren zu können, sehe sich das EUPOL-Team einem Dschungel aus konkurrierenden, mit undurchschaubaren Leitungsstrukturen arbeitenden Sicherheitsdiensten gegenüber. Zwar sei die von EUPOL unterstützte palästinensische Zivilpolizei mit 19 000 Mann der größte Sicherheitsdienst, jedoch verfüge sie aufgrund ihrer schlechten Ausrüstung und ihres schlechten Rufes in der Bevölkerung über sehr wenig Autorität. Dazu komme die stiefmütterliche Behandlung durch Präsident Mahmoud Abbas, der seine eigene 3 000 Mann starke Präsidentengarde bevorzuge, den Geheimdienst und rund 17 000 nationale Sicherheitskräfte befehle sowie die Kommandeure der schwachen Zivilpolizei ernenne.

Während die EU-Polizisten sich primär mit der Umsetzung des Polizeientwicklungsplanes beschäftigten, erwarte die Zivilpolizei von der EU-Mission vor allem moderne Ausstattung wie Funkgeräte und Fahrzeuge – Wünsche, denen mit der Bereitstellung von bisher 700 Handfunkgeräten, 276 Fahrzeugen (inklusive Wasserwerfern und Spezialfahrzeugen zur Sprengstoffentschärfung) sowie Schutzausrüstungen für 1 500 Mann Rechnung getragen worden sei. Dass israelische Soldaten, denen die Zivilpolizei der Palästinenser ein Dorn im Auge sei, im Jahr 2006 neun Fahrzeuge der EUPOL COPPS mutwillig zerstört hätten, erleichtere den Missionsalltag ebenso wenig wie der internationale Finanzboykott gegen die Hamas-Regierung, welcher die Mission dazu gezwungen habe, ihr Personal von 33 auf 16 Mann zu reduzieren – ein Umstand, der den Versuch, die Zivilpolizei trotz aller Schwierigkeiten operativ zu halten, unnötig erschwere. Laut McIvor provoziere die internationale Gemeinschaft so einen Bürgerkrieg. Seines Erachtens wäre es auch sinnvoll, mit der Hamas zusammenzuarbeiten; denn „Hamas steht für Ordnung. Soweit wir das sehen, ist die Hamas nicht korrupt.“<sup>29</sup>

Angesichts dieser wenig illusorischen Darstellung des ehemaligen Missionsleiters kann das vom Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aus Brüssel gesprochene Lob nicht überzeugen.

---

28 Stefan Tomik: EU-Polizeimission. Sisyphos in Ramallah, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Februar 2007, S. 3, abrufbar unter <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E2C4176B8EE44441F845D2D8D54D7C6C1~ATpl~Ecommon~Scontent.html>.

29 Ebd.

## **Rechtsstaatlichkeitsmission (*Rule of Law Mission*)**

### *EUJUST LEX: Unterstützung für den Irak*

Die integrierte Polizei- und Rechtsstaatlichkeitsmission für den Irak EUJUST LEX, welche am 1. Juli 2005 mit der Zielsetzung der Ausbildung von mittel- und hochrangigen Polizisten in den Bereichen Kriminalermittlung und Management operativ wurde, war ursprünglich bis 31. Oktober 2006 befristet.<sup>30</sup> Am 12. Juni 2006 jedoch begrüßte der Rat aufgrund des beeindruckenden Fortschrittes der Mission sowie auf Bitten der irakischen Regierung eine Verlängerung um 18 Monate bis zum 31. Dezember 2007. Der bestehende Aktionsplan wurde auf weitere vier Monate bis Oktober 2006 verlängert und das Mandat des bisherigen Missionsleiters, des Briten Stephen White, bereits am 13. Juni 2006 bis zum voraussichtlichen Ende der Mission Ende 2007 fortgeschrieben.<sup>31</sup> Im Rahmen der Sitzung des Rates am 17. Oktober 2006 wurde schließlich auch ein neuer gemeinsamer Aktionsplan für die Zeit bis 31. Dezember 2007 (Dokument 13171/06) beschlossen.<sup>32</sup>

Die Mission, deren ursprüngliches Ausbildungsziel von 770 Personen bereits im Oktober 2006 mit fast 800 ausgebildeten Richtern, Ermittlungs-, Polizei- und Justizvollzugsbeamten mehr als erfüllt war, wird nun bis Ende 2007 weitere Schulungen und Trainings für die irakischen Behörden abhalten. Offensichtlich war die Sicherheitslage im Irak noch nicht entsprechend zufrieden stellend; denn obwohl als möglich in Betracht gezogen, wurden bisher noch keine Trainingseinheiten im Irak selbst absolviert, auch sieht die Planung für die kommende Verlängerung weiterhin lediglich Trainings auf EU-Territorium vor.<sup>33</sup>

## **Grenzschutz-Unterstützungsmissionen (*Border Assistance Missions*)**

### *EU BAM Rafah: Grenzübergang Rafah im Gaza-Streifen*

Nachdem es bereits im März 2006 aufgrund der „angespannten Situation“ zu Unregelmäßigkeiten bei den Öffnungszeiten des Grenzüber-

---

30 [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=823&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=823&lang=en).

31 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/IRAQ03.pdf>.

32 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Iraq.pdf>.

33 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/IRAQ03.pdf>.

ganges gekommen war,<sup>34</sup> wurde der Grenzübergang Rafah infolge der im Zusammenhang mit der Entführung des israelischen Soldaten Gilat Shalit angespannten Sicherheitslage am 25. Juni geschlossen und dann aufgrund des Krieges mit dem Libanon bis Mitte Oktober 2006<sup>35</sup> nur sporadisch wieder geöffnet. Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens durch Palästinenserpräsidenten Mahmoud Abbas und den israelischen Premierminister Ehud Olmert besuchte der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik am 2. Dezember 2006 Rafah. Er betonte die essenzielle Bedeutung der Schlüsselaufgabe der Mission: der Sicherstellung normaler operativer Tätigkeit am Grenzübergang und bedankte sich beim Missionspersonal für dessen Bemühen, den Grenzübergang in dieser „herausfordernden Phase der Mission“ so oft wie möglich zu öffnen.<sup>36</sup>

Dass das Mandat der Mission am 13. November 2006 um weitere sechs Monate verlängert wurde,<sup>37</sup> sollte jedoch nicht über den schmalen Grat hinwegtäuschen, auf welchem sich die EU-Beobachter am Grenzübergang täglich bewegen. Durch den zivilen Charakter der Mission können sie die palästinensischen Grenzbeamten lediglich beaufsichtigen und den Abfertigungsprozess bei verdächtigen Personen stoppen.<sup>38</sup> Da sie keinerlei Einfluss auf die Öffnung und Schließung des Grenzüberganges haben, ist ihr Wirkungsbereich jedoch sehr stark eingeschränkt und von mitunter willkürlich erscheinenden politischen Prozessen abhängig.

### *EUBAM: Moldawien und Ukraine*

Ziel der am 1. Dezember 2005 gestarteten Mission EUBAM Moldawien und Ukraine ist die gezielte Hilfestellung bei der Grenzüberwachung und bei den Grenz- und Zollkontrollen. Dies soll nicht nur die Prävention von Schmuggel, illegalem Handel und Zollbetrug verbessern, sondern auch das Vertrauen, den Informationsfluss und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern stärken. Am 1. Dezember 2006, dem Ende des ersten Jahres der auf zwei Jahre ausgelegten Grenzassistenmission,

---

34 [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060314-EU\\_BAM\\_PRESS\\_RELEASE.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/060314-EU_BAM_PRESS_RELEASE.pdf);  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/EU\\_BAM\\_PRESS\\_RELEASE15\\_March2006.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/EU_BAM_PRESS_RELEASE15_March2006.pdf).

35 <http://www.zeit.de/online/2006/51/gaza-dachs?page=1>.

36 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/SolanaPR.pdf>.

37 [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=979&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=979&lang=en).

38 <http://www.zeit.de/online/2006/51/gaza-dachs?page=2>.

wurde ein vollständiger Bericht über den Verlauf des ersten operativen Tätigkeitsjahres veröffentlicht.<sup>39</sup>

Bereits am 30. November hatte die EU im Zuge des vierten Zusammentreffens des EUBAM Beratungsausschusses (*Advisory Board*) ihre Zufriedenheit über den Fortgang der Mission und die Ergebnisse des ersten Jahres zum Ausdruck gebracht. Botschafter Ian Boag, Leiter der Delegation der Europäischen Kommission in der Ukraine, Moldau und Belarus, sprach im Namen der Union Lob für die Fortschritte aus und betonte, dass die Implementierung der gemeinsamen Erklärung zum Zollwesen der wichtigste Beitrag zur Sicherstellung von Transparenz an der Grenze sei. Im Rahmen des Treffens gratulierte der Beratungsausschuss Moldawien und der Ukraine zur Unterzeichnung eines Protokolls über verstärkten Informationsaustausch zwischen den Zollämtern und den Grenzschutzbeamten der beiden Länder.

Der Missionsleiter General Ferenc Banfi begrüßte den gesteigerten Informationsaustausch, da dieser zur Bildung von Risikoanalysefähigkeiten beitrage, welche für ein modernes Grenzkontrollsystem unerlässlich seien. Dank dieses Informationsaustausches könnten in Zukunft nachrichtendienstlich geführte Operationen zur Entdeckung und Bekämpfung illegaler Aktivitäten implementiert werden. Banfi betonte des Weiteren den Erfolg der verbesserten Fähigkeiten der Grenzschutz- und Zollbeamten, welcher in höheren Zolleinnahmen zu Buche geschlagen habe. Der stellvertretende moldawische Außenminister Valeriu Ostalep unterstrich das Ziel beider Länder, der EU beizutreten und maß der Mission bei den Bemühungen um das Erreichen europäischer Grenzschutzstandards eine wichtige Unterstützungsrolle bei. Der ukrainische Botschafter in Moldawien Peter Chaliy hob die Wichtigkeit eines effektiven Grenzmanagements hervor und lobte die Hilfe der EU im Rahmen der Mission bei den Bemühungen, die Grenzkontrollen so schnell und so wenig unangenehm wie möglich zu gestalten. Der Beratungsausschuss empfahl eine Ausweitung der Kooperation mit den Justizministerien und den Staatsanwaltschaften, um einen ganzheitlichen Ansatz in der Bekämpfung illegaler Aktivitäten an den Grenzen gewährleisten zu können. Außerdem sprach er sich im Rahmen der Anti-Korruptionsbemühungen für eine Ergänzung der Tätigkeiten von EUBAM um eine zivile Kampagne zur Aufklärung der Bürger über ihre Rechte und Pflichten beim Grenzübertritt aus.<sup>40</sup>

---

39 Der vollständige Bericht ist abrufbar unter [http://www.eubam.org/files/100-199/187/Report\\_Engl.pdf](http://www.eubam.org/files/100-199/187/Report_Engl.pdf).

40 <http://www.eubam.org/index.php?action=show&sid=ufub04idfwpq5doiqsu3c57d0ev84vdp&id=279>.

## **Sicherheitssektorreform-Mission (*Security Sector Reform Mission*)**

### *EUSEC DR Congo: Demokratische Republik Kongo*

Die am 8. Juni 2005 operativ gestartete Sicherheitssektorreform-Mission EUSEC DR Congo hat die Aufgabe, die kongolesischen Behörden bei der Durchführung einer umfassenden Sicherheitssektorreform zu unterstützen und die Integration der kongolesischen Armee zu begleiten. Die Mission wurde am 25. April 2006 durch eine Gemeinsame Aktion des Rates (Council Joint Action 2006/303/CFSP of 25 April 2006 amending and extending Joint Action 2005/355/CFSP on the European Union mission to provide advice and assistance for security sector reform in the Democratic Republic of the Congo [DRC]) bis zum 20. Juni 2007 verlängert.<sup>41</sup>

Am 12. Dezember 2006 brachte der Rat mit der Billigung des Berichtes der finnischen Präsidentschaft zur ESVP (Dokument 16696/06)<sup>42</sup> seinen Willen zur fortgesetzten Unterstützung des Reformprozesses zum Ausdruck. Bis Dezember 2006 wurden zwei weitere Brigaden in die neue kongolesische Armee integriert, welche nunmehr aus 14 Brigaden besteht. In Anbetracht der seit 1965 ersten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2006 wird ein künftiger Schwerpunkt der Mission auf der Beratung und Unterstützung der neu gewählten Regierung in der weiteren Umsetzung der Sicherheitssektorreform liegen. So soll im Rahmen des Projektes zur technischen Assistenz nicht nur das Besoldungssystem des Verteidigungsministeriums modernisiert, sondern auch die Verwaltung des Ministeriums reformiert werden. Der Rat sieht für das Ende der Übergangsperiode im Kongo weiteres Entwicklungspotenzial für diese Mission und plant auch künftig, sich in enger Konsultation mit den kongolesischen Behörden und in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen im Rahmen der Sicherheitssektorreform zu engagieren.<sup>43</sup>

---

41 <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:112:0018:0018:EN:PDF>.

42 [http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004\\_2009/documents/dv/191/191206/191206esdpreportde.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/191/191206/191206esdpreportde.pdf).

43 <http://www.eda.europa.eu/reference/061212%20-%20European%20Council%20-%20Presidency%20Report%20on%20ESDP%2016696-06.pdf>.

## **Unterstützungsmission (*Support Mission*)**

### *Unterstützung für die AU-Mission AMIS II (Darfur)*

Auf Anfrage der Afrikanischen Union (AU) beschloss der Rat am 20. Juli 2005 eine umfangreiche zivil-militärische Unterstützungsmission im Rahmen der Operation AMIS II (*African Union Mission in Sudan*) in der Region Darfur (Council Joint Action 2005/557/CFSP, OJ L188). Ziel dieser Mission ist die Unterstützung der politischen, militärischen und polizeilichen Bemühungen im Rahmen von AMIS II unter konsequenter Berücksichtigung der Federführung der Afrikanischen Union.

Die EU führt ihre zivil-militärische Unterstützungsaktion für AMIS II erfolgreich fort. Neben finanzieller Unterstützung in der Höhe von rund 242 Millionen Euro von Juni 2004 bis Dezember 2006 hilft die Union auch durch die Bereitstellung militärischer Unterstützung in Form von technischer Hilfestellung und Expertise im Rahmen der AMIS-Kommandostrukturen und logistischer Hilfe durch strategische Lufttransporte. Außerdem stellt die EU den Vizepräsidenten der Waffenstillstandskommission und einige militärische EU-Beobachter.

Zur Entwicklung ziviler Polizeifähigkeiten innerhalb von AMIS leisten EU-Polizisten einen wesentlichen Beitrag durch Unterstützungs-, Beratungs- und Trainingsmaßnahmen, ebenso wie zur effektiven Zusammenarbeit mit institutionellen und bilateralen Gebern, den Vereinten Nationen und der NATO. Der bis 30. April 2007 berufene finnische EU-Sonderbeauftragte für den Sudan, Pekka Haavisto, spielt eine Schlüsselrolle bei der Koordinierung der EU-Tätigkeiten mit anderen Akteuren der Region und wird die AU bei der Implementierung des Darfur-Friedensabkommens weiterhin unterstützen.<sup>44</sup>

---

<sup>44</sup> <http://www.eda.europa.eu/reference/061212%20-%20European%20Council%20-%20Presidency%20Report%20on%20ESDP%2016696-06.pdf>.

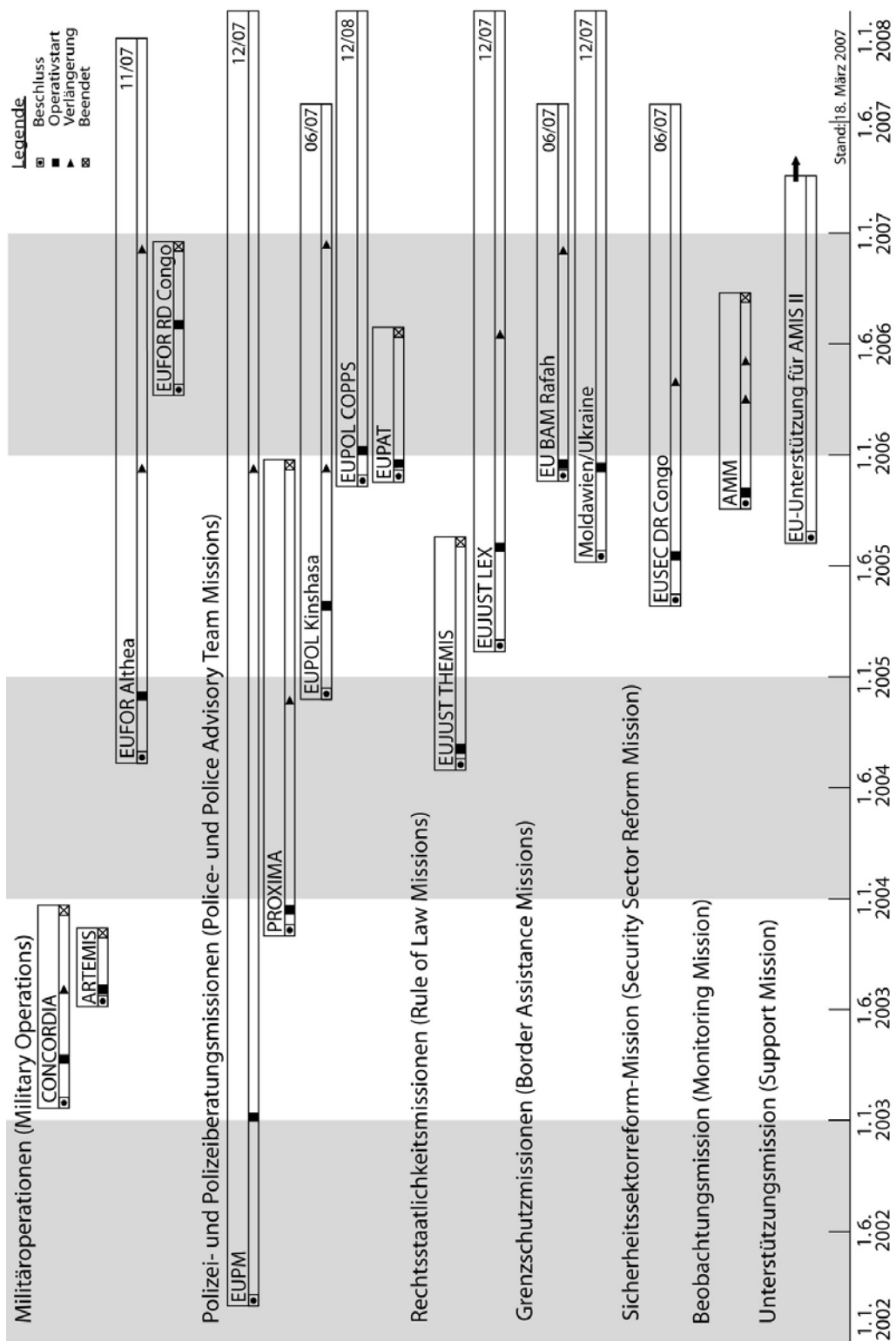


Abbildung 1: Überblick über die bisherigen Operationen und Missionen der ESVP (Stand: 18. März 2007).

## Missionsplanung

### *EUPT Kosovo*

Am 10. April 2006 beschloss der Rat die Einrichtung eines Planungsteams (EUPT Kosovo), welches bis Ende des Jahres die Möglichkeiten der Implementierung einer EU-Krisenmanagementoperation im Rechtsstaatssektor und in anderen Bereichen ergründen sollte (Council Joint Action 2006/304/CFSP of 10 April 2006 on the establishment of an EU Planning Team [EUPT Kosovo] regarding a possible EU crisis management operation in the field of rule of law and possible other areas in Kosovo). Die Arbeit des Planungsteams sollte eine reibungslose Übernahme bestehender Aufgaben der UNMIK (*United Nations Interim Administration Mission in Kosovo*) für den Fall der Implementierung einer EU-Mission gewährleisten. Dieses Mandat wurde am 11. Dezember 2006 bis Mai 2007 verlängert.<sup>45</sup>

Des Weiteren wurde am 14. Dezember 2006 vom Rat als Ergänzung zur Gemeinsamen Aktion 2006/304/GASP vom 10. April 2006 eine weitere Gemeinsame Aktion über den Einsatz eines EU-Teams zur Mitwirkung an den Vorbereitungen für eine eventuelle künftige internationale zivile Mission im Kosovo angenommen (Council Joint Action 2006/623/CFSP of 15 September 2006 on the establishment of a EU-team to contribute to the preparations of the establishment of a possible international civilian mission in Kosovo, including a European Union Special Representative component [ICM/EUSR Preparation Team]).<sup>46</sup> Das EU-Vorbereitungsteam soll zusammen mit der internationalen Gemeinschaft, den kosovarischen Behörden und in enger Zusammenarbeit mit der UNMIK eine künftige internationale zivile Mission im Kosovo vorbereiten.<sup>47</sup>

Der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik lobte am 2. Februar 2007 nicht nur die Anstrengungen des UN-Sondergesandten Martti Ahtisaari, sondern begrüßte auch dessen umfassenden Entwurf zur Klärung des Status des Kosovo. Demzufolge sollen die internationale Gemeinschaft und die EU sich künftig mit einer Rechtsstaatsmission im Rahmen der ESVP und mit der Einrichtung eines internationalen Zivilbüros (*International Civilian Office, ICO*) in den Entwicklungsprozess einbringen. Diese beiden Ansatzpunkte sollen parallel verfolgt werden: Einerseits soll das ICO durch das von einem EU-

45 [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1100&lang=en](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1100&lang=en).

46 [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2006/l\\_253/l\\_25320060916en00290033.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2006/l_253/l_25320060916en00290033.pdf).

47 [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/er/90986.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/er/90986.pdf).



Sonderbeauftragten (*EU Special Representative*, EUSR) geführte rund 70-köpfige ICO-EUSR-Vorbereitungsteam (welches sowohl die internationale Gemeinschaft als auch die EU repräsentiert) implementiert werden, andererseits soll die geplante Rechtsstaatlichkeitsmission im Rahmen der ESVP weiterhin durch das EUPT vorbereitet werden.

Die durch das EUPT vorbereitete Mission umfasst die Unterstützung der kosovarischen Behörden durch Monitoring, Mentoring und Beratung in allen Rechtsstaatlichkeitsaspekten, insbesondere jedoch in den Bereichen Rechtsprechung, Polizei, Zoll und Justizvollzug. Des Weiteren soll die Mission in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden die ordnungsgemäße Ermittlung bei schweren und sensiblen Straftaten und darauf aufbauend die entsprechende Anklage und Rechtsprechung sicherstellen. Die Mission, welche durch den EU-Sonderbeauftragten mit begrenzter Exekutivmacht ausgestattet sein wird, soll rund 1 300 bis 1 500 internationale Polizisten, Richter, Staatsanwälte und Zollbeamte umfassen und von einem Hauptquartier in Pristina aus die operative Tätigkeit im gesamten kosovarischen Gebiet führen. Der noch zu ernennende Missionsleiter soll dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik durch den EU-Sonderbeauftragten berichten und Rechenschaft über den Fortgang der Mission ablegen.

Die Leitlinien für die vorgesehene Präsenz der internationalen Gemeinschaft und der EU im Kosovo umfassen den Übergang von der internationalen Verwaltung durch die UNMIK zu einer kosovarischen Selbstverwaltung durch die gewählten Vertreter der Bevölkerung, die Verbesserung der Rechtsstaatlichkeitssituation und die Umsetzung des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses. Die geplanten Schwerpunkte des ICO-EUSR Vorbereitungsteams beinhalten neben der Implementierung des internationalen Zivilbüros (ICO) unter der Leitung eines Internationalen Zivilbeauftragten (*International Civilian Representative*, ICR), eine Funktion, die der EU-Sonderbeauftragte (EUSR) in Personalunion wahrnehmen wird. Der ICR/EUSR soll einerseits als ICR den Fortschritt des Statusabkommens des Kosovo überwachen und vorantreiben und andererseits als EUSR im Rahmen der künftigen ESVP-Mission für den Rechtsstaatlichkeitssektor verantwortlich sein. Aufgrund dieser Doppelfunktion wird der ICR/EUSR nach Konsultationen mit der EU durch einen Internationalen Lenkungsausschuss ernannt werden.

Die internationale Gemeinschaft beabsichtigt, im Kosovo nach der Klärung seines Status neben der Implementierung des Internationalen Zivilbüros (ICO) und der Durchführung der EU-Rechtsstaatlichkeitsmis-

sion auch durch eine fortgesetzte Militärpräsenz der NATO, eine OSZE-Mission sowie im Rahmen von Unterstützungs- und Fähigkeitsbildungsmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft, der Weltbank und des UN-Entwicklungsprogrammes (UNDP) präsent zu sein.<sup>48</sup>

## Schlussfolgerungen und Ausblick

Bei der Recherche in den zu den Missionen und Operationen verfügbaren Dokumenten auf der einschlägigen Internetseite des Generalsekretariates des Rates der Europäischen Union<sup>49</sup> steht man auf der Suche nach Fortschrittsberichten vor einer Herausforderung. Sofern eine Mission oder Operation erfolgreich war, sind Ergebnisse oder Abschriften von Lobesreden auffindbar, sucht man bei kritischen Unternehmungen wie etwa der EUBAM Rafah oder der EUPOL COPPS nach Berichten, wird man nicht fündig. Hier ist man als interessierter Leser darauf angewiesen, auf Dokumente oder Zeitungsberichte von Dritten zurückzugreifen, um die seit Missionsbeginn entstandene Informationslücke schließen zu können.

Diese fragwürdige Informationspolitik des Rates, die Erfolge der ESVP zu betonen und ihre Misserfolge nahezu totzuschweigen, wirkt sich auf Dauer negativ auf die Reputation der gesamten EU als einem – ihrem eigenen Anspruch nach – weltweiten Krisenmanager aus. Das Engagement der EU im Kongo im Rahmen der ESVP wird ebenfalls vielerorts gebrandmarkt – und zwar nicht nur von der kritischen Friedensforschung,<sup>50</sup> sondern auch von Europa- und Bundestagsparlamentariern,<sup>51</sup> welche der Union vorwerfen, den Kongo als Spielwiese für Tests neuer militärischer Fähigkeiten und Technologien zu missbrauchen und sich auf Kosten dieses ressourcenreichen Entwicklungslandes bereichern zu wollen.

---

48 [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Background\\_ICO-EUSR\\_Prep\\_and\\_EUPT\\_in\\_Kosovo-ENG.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Background_ICO-EUSR_Prep_and_EUPT_in_Kosovo-ENG.pdf).

49 [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=268&lang=EN&mode=g](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=268&lang=EN&mode=g).

50 Z.B. Christoph Marischka/Jürgen Wagner: Europas Platz an Afrikas Sonne, in: Informationsstelle Militarisierung e.V.: Studien zur Militarisierung Europas, Nr. 7/2006, [http://www.imi-online.de/eu-projekt/marischkawagner\\_7\\_2006.pdf](http://www.imi-online.de/eu-projekt/marischkawagner_7_2006.pdf).

51 Z.B. Angelika Beer/Frithjof Schmidt: Thesen zur Kritik der europäischen Kongo-Politik: Für ein nachhaltiges EU-Engagement in Afrika – gegen symbolischen Aktionismus, 3. Juli 2006, [http://www.angelika-beer.de/stepone/data/downloads/18/00/00/Thesenpapier\\_Kongo\\_von\\_Angelika\\_Beer\\_Frithjof\\_Schmidt.pdf](http://www.angelika-beer.de/stepone/data/downloads/18/00/00/Thesenpapier_Kongo_von_Angelika_Beer_Frithjof_Schmidt.pdf) sowie die Bundestagsdebatte über EUFOR RD Congo, dokumentiert in Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 37. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 1. Juni 2006, <http://dip.bundestag.de/btp/16/16037.pdf>, Tagesordnungspunkt 3, S. 3236-3261.

Aller Kritik zum Trotz stellt das Jahr 2007 für die EU in ihrer Rolle als auf die Instrumente und Fähigkeiten der ESVP gestütztem internationalen Krisenmanager vor allem eine Herausforderung in Bezug auf die endgültige Klärung des Status des Kosovo dar und bietet ihr dadurch die Möglichkeit, sich auf dem Westbalkan weiter als glaubwürdiger Krisenmanager zu betätigen sowie der zerrütteten Region auf ihrem Weg zu Demokratie und Frieden unterstützend zur Seite zu stehen.

Mag. *Anita Kuprian* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. E-Mail [anita.kuprian@uibk.ac.at](mailto:anita.kuprian@uibk.ac.at), Homepage [Der Text erscheint in überarbeiteter Fassung in Alexander Siedschlag \(Hg.\): Jahrbuch für europäische Sicherheitspolitik 2008. Baden-Baden: Nomos, in Vorbereitung für Herbst 2007.](#)